

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 04. Dezember 2006

Eine zügige öffentliche Beratung gab es am Montagabend für den Gemeinderat bei seiner letzten Sitzung. Neben dem fast vollzähligen Gemeinderat konnte Bürgermeister Schellenberg auch einen Zuhörer sowie den Pressevertreter begrüßen. Gemeinderat Honer war entschuldigt.

1. Bebauungsplanverfahren „Riedenstall II“ - Durchführung und Beauftragung einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Der Gemeinderat hat am bereits am 07.06.2004 den Grundsatzbeschluss gefasst, für das Baugebiet „Riedenstall II“ einen Bebauungsplan aufzustellen. Seinerzeit wurde das Büro Rädle damit beauftragt, einen Bebauungsplanvorentwurf auszuarbeiten. Dieser war Grundlage für das weitere Bebauungsplanverfahren mit einer Bürgerbeteiligung und Anhörung im Februar 2005. Ebenso wurden die Träger öffentlicher Belange beteiligt und der erforderlich Grünordnungsplan erarbeitet. In der Sitzung am 09.05.2005 hat der Gemeinderat dann diesen Bebauungsplanentwurf und den Entwurf des Grünordnungsplanes formal festgestellt. In der Zwischenzeit wurde das Umlegungsverfahren soweit durchgeführt, dass der Zuteilungsentwurf dem Umlegungsausschuss vorgelegt und von diesem nun auch vor dieser Gemeinderatssitzung beschlossen werden konnte. Des Weiteren wurde vom Ingenieurbüro Breinlinger & Partner die Erschließungsplanung ausgearbeitet und dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit in der letzten Sitzung ausführlich vorgestellt und schließlich auch beschlossen.

Durch diese Vorarbeiten, insbesondere aber durch die notwendige Zeit und vielen Gespräche mit den Beteiligten im Umlegungsverfahren, konnte der Bebauungsplan „Riedenstall II“ noch nicht zur Rechtskraft gebracht werden. Dies bedeutet, dass nach den mittlerweile geltenden neuen Vorschriften des Baugesetzbuches damit noch ein weiterer Verfahrensschritt notwendig und eine Umweltprüfung mit Umweltbericht erforderlich wird.

Nach dem mit dem Landratsamt Tuttlingen die erforderlichen Verfahrensschritte in diesem laufenden Bebauungsplanverfahren bereits abgeklärt werden konnten, wurde mit dem Büro 365 °, das für die Gemeinde auch bereits den Grünordnungsplan und die Eingriffs- und Ausgleichsfinanzierung erarbeitet hat, der weitere Aufwand abgestimmt. Das Büro 365 ° bietet diese nun noch notwendigen Arbeiten zum Preis von 1.096 € an. Ohne lange Diskussion wurde vom Gemeinderat deshalb beschlossen, das Büro 365 ° freiraum + umwelt mit der Ausarbeitung einer Umweltprüfung mit Umweltbericht zu beauftragen. Diese soll bis Mitte Januar vorliegen. Danach kann dann das weitere Bebauungsplanverfahren zum Abschluss gebracht werden.

Ebenso einstimmig wurde deshalb auch das Stadtplanungsamt Tuttlingen beauftragt, nach Vorliegen dieses Umweltberichtes den Bebauungsplanentwurf auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nochmals zu benachrichtigen und zu beteiligen.

2. Modernisierung und Instandsetzung der Schloß-Halle - Abrechnungsergebnis des 1. Bauabschnittes

Am 11.04.2005 wurde durch den Gemeinderat der 1. Bauabschnitt der Modernisierung und Instandsetzung der Schloß-Halle einschließlich dem Bühnenanbau beschlossen. Dieser Beschluss wurde gefasst auf einer Kostenermittlung des Architekturbüros Munz einschließlich Nebenkosten in Höhe von 523.000,00 €

Im vergangenen Jahr wurde der 1. Bauabschnitt umgesetzt. Die Schwerpunkte, die in den Schulbetrieb bzw. mit der Vereinsnutzung kollidieren konnten, wurden auf die Sommerferien 2005 gelegt. Insgesamt konnte dieser Bauabschnitt zügig umgesetzt werden. Es gab nur sehr geringe Überschneidungen zu den o.g. Nutzungen.

Diese Sanierung des 1. Bauabschnittes kann durchaus als positiv bewertet werden. Der konstruktive Wetterschutz wurde verbessert und dieser Hallenteil bindet sich städtebaulich gut in die Umgebung ein. Positiv bewertet werden kann außerdem, dass die statischen Anforderungen in diesem Bauabschnitt wieder gegeben sind und der bauliche Wärmeschutz deutlich verbessert wurde. Der Energieverbrauch liegt deutlich unter den Verbrauchswerten der Vorjahre.

Zwischenzeitlich konnten sämtliche Gewerke schlussgerechnet werden und auch die Nebenkostenaufstellungen liegen vor. Der 1. Bauabschnitt schließt danach mit einer Summe von 552.487,65 € Im Vergleich zum Kostenanschlag mit 523.000,00 € ergibt dies eine Differenz mit 29.487,00 €

Wie bereits anlässlich der Sitzung vom 07.11.2005 bei der Kostenkontrolle erläutert, wurden jedoch einige unvorhergesehene Bausituationen festgestellt bzw. einzelne Ergänzungen durch Gemeinderatsbeschluss beauftragt. Im Einzelnen waren dies:

1. Der Sichtschutz an der großen Glasfront auf der Westseite wurde noch nachträglich mit einer Summe von 3.120,00 € beauftragt.
2. Der beauftragte Gerüstbauer ist von seinem Vertrag zurückgetreten, was aufgrund des Ineinandergreifens der einzelnen Gewerke die Beauftragung des zweitgünstigsten Bieters notwendig machte. Hier sind Mehrkosten in Höhe von 1.500,00 € entstanden. Diese Mehrkosten wurden bei dem Gerüstbauer als Schadensersatz angefordert. Nach dem heutigen Rechtsstand lässt sich diese Forderung jedoch nicht durchsetzen.
3. Im Bereich der Zimmermannsarbeiten sind Mehrkosten von rund 18.900,00 € entstanden. Diese Mehrkosten sind zum einen aufgrund der festgelegten und veränderten Ausführung der Orgänge und Traufunterseiten entstanden, andererseits durch die Reparatur der Dachkonstruktion. Vermutlich ist über einen längeren Zeitraum ausgehend von der innenliegenden Dachrinne Wasser in die Dachkonstruktion eingedrungen. Tragende Teile und Balken waren so stark in Mitleidenschaft gezogen, dass sie statisch nicht mehr dauerhaft tragfähig waren und ausgewechselt werden mussten. Diese Arbeiten waren dringend notwendig um die statischen Anforderungen wieder zu erfüllen und andererseits aber auch nicht vorhersehbar.
4. Bei den Putzarbeiten wurden schließlich die in der Kostenschätzung und Berechnung vorgesehenen Polystyrol-Wärmeschutzplatten durch Mineralwolle ausgetauscht. Dies führte neben weiteren kleinen Änderungen zu einem höheren Kostaufwand von rd. 8.600 €

An anderen Gewerken konnten hingegen Einsparungen erzielt werden, so dass im Vergleich zur Kostenschätzung/ Kostenberechnung unter Berücksichtigung der nachträglich gefassten Beschlüsse und der unvorhergesehenen Positionen die Berechnung eingehalten wurde.

Die Gemeinde Wurmlingen erhielt für diese Modernisierung und Instandsetzung aus dem Klimaschutz-Plus-Programm einen Zuschuss von 71.250,00 € der abgerechnet und bereits im vergangenen Jahr eingegangen ist. Die Nebenkosten belaufen sich auf insgesamt 74.105,19 € und liegen mit einem Prozentsatz von 13,4 % in einem guten Bereich.

In seiner kurzen Beratung zeigte sich auch der Gemeinderat erfreut, dass angesichts dieser doch umfangreichen Sanierungsmaßnahme, der einen oder anderen Unbekannten und der nachträglich noch beschlossenen zusätzlichen Arbeiten nicht nur die durchgeführten Maßnahmen recht positiv sind und die Halle aufwerten, sondern auch die Abrechnung mit dieser Schlussrechnung absolut im Rahmen und deshalb akzeptabel ist.

Kurz wurde in diesem Zusammenhang aus den Reihen des Gemeinderates schließlich noch angefragt, wie sich seither denn das Metaldach bewährt habe und ob hier die im Vorfeld teilweise geäußerte Bedenken wegen einer möglichen Blendwirkung oder des „dachelns“ bei Regen zu Reaktionen aus der Bevölkerung geführt hätten. Hierzu bemerkte der Bürgermeister, dass nur eine Beschwerde hinsichtlich der Blendwirkung eingegangen sei. Nicht zu verkennen sei, dass sich am Metaldach solange es noch neu ist, je nach Sonnenstand und Situation sicherlich kurzfristig eine gewisse Spiegelung und Blendwirkung ergeben könne. Diese verliere sich allerdings zusehends, da das Dach durch die Witterungseinflüsse eine Patina erhält und dadurch eine mattere Oberfläche entsteht.

3. Überprüfung von Brückenbauwerken

Als Baulastträger der Ortsstraßen ist die Gemeinde verpflichtet, ihre Brücken und vergleichbaren Ingenieurbauwerke laufend zu überwachen und alle 3 Jahre einer einfachen Prüfung sowie alle 6 Jahre einer Hauptprüfung zu unterziehen. Im Jahr 2001 hat der Gemeinderat die DEKRA mit einer Hauptprüfung der Brücken beauftragt. Diese Überprüfung wurde im Jahr 2002 durchgeführt so dass nun nach dieser Hauptprüfung eine einfache Prüfung ansteht und notwendig ist.

Insgesamt befinden sich noch 7 Brücken und Durchlässe im Eigentum und der Baulast der Gemeinde. Nachdem nun mehr als 4 Jahre verstrichen sind wurde von der Verwaltung empfohlen und vom Gemeinderat auch einstimmig beschlossen, für diese Brückenbauwerke wieder eine einfache Brückenprüfung durchführen zu lassen.

Für diese Überprüfung wurden verschiedene Angebote eingeholt. Insgesamt wurden 4 Angebote abgegeben. Das günstigste wurde vom Büro Schweickhardt & Erchinger, Tuttlingen, zum Preis von 821,10 € eingereicht. Das höchste Gebot lag bei 3.489,28 €. Ohne lange Diskussion hat der Gemeinderat deshalb dem günstigsten Angebot den Zuschlag erteilt und das Büro Schweickhardt & Erchinger mit der einfachen Brückenprüfung beauftragt.

4. Ausschreibung einer Stelle einer Jugendreferentin

Wie bereits in der letzten öffentlichen Sitzung bekannt gegeben und mittlerweile auch im Mitteilungsblatt veröffentlicht, hat die Gemeinde nach dem Weggang der bisherigen Jugendreferentin Martina Klausmann diese Stelle neu ausgeschrieben und auch vergeben. Leider hat die Bewerberin der Gemeinde dann aber wieder eine Absage erteilt, sodass nun erneut eine Ausschreibung und Stellenbesetzung ansteht. Auf diesem Hintergrund hat die Verwaltung in den letzten Tagen mit der Stadt Spaichingen Kontakt aufgenommen, die

ebenfalls eine 50% Stelle zu besetzen habe. Weil man sich ein wesentlich breiteres und qualifizierteres Bewerberfeld erhofft und natürlich auch insgesamt ein Beschäftigungsverhältnis von 100 % wesentlich ansprechender ist, haben sich beide Kommunen darauf verständigt, die Stelle gemeinsam mit einem jeweiligen Zeitanteil von 50 % auszuschreiben. Eine entsprechende Stellenanzeige soll nun am Samstag in den Tageszeitungen erscheinen. Auch vom Gemeinderat wurde dieser Weg und diese Kooperation begrüßt.

5. Anfragen

Aus den Reihen des Gemeinderat wurde der Bürgermeister auf das Förderprogramm des Bundes für **Mehrgenerationenhäuser** hingewiesen. Dessen Ziel ist es, eine solche sicherlich sehr interessante und zukunftsorientierte Einrichtung möglichst breit, zumindest aber in größeren Kommunen anbieten zu können.

Auch Bürgermeister Schellenberg zeigte sich bereits informiert zu dieser Thematik und nahm diese Anregung gerne auf. Allerdings, und darüber war man sich im Gremium einig, sei dies ein Angebot, das doch eher im großen Verbund und deshalb z.B. auf Ebene des Landkreises realisiert werden sollte.

Ein weiterer kurzer Hinweis ergab sich zur **Straßenbeleuchtung** in der Riedstraße. Dort sei offensichtlich schon vor Tagen in einem Teilbereich die Straßenbeleuchtung ausgefallen.

Dies war der Verwaltung bisher nicht bekannt. Deshalb galt die Bitte des Bürgermeisters, solche Beobachtungen und Auffälligkeiten doch bitte direkt und umgehend auf dem Bürgermeisteramt zu melden um mögliche Ausfälle und Schäden überprüfen und dann auch wieder beheben zu können.

Ein letzter Hinweis galt schließlich noch den Standorten der **Glascontainer**. Dort sei in letzter Zeit wieder verstärkt festzustellen und zu beklagen, dass manche Zeitgenossen dort einfach auch Kartonagen und andere Transportbehältnisse der Flaschen einfach abstellen und liegen lassen. Dies trage nicht gerade zur Verschönerung des Ortsbildes bei.

Dieser Eindruck wurde vom Bürgermeister bestätigt und zugesagt, wieder einmal einen Hinweis in die Ortsnachrichten aufzunehmen und ansonsten auch die Entsorgungsfirma nochmals um eine regelmäßige Entleerung und Reinigung der Standplätze zu bitten.

Nach nur einer guten halben Stunde konnte der Vorsitzende die öffentliche Sitzung dann schon schließen und noch zu einer kurzen nichtöffentlichen Sitzung überleiten.